

## **Solidarität mit Sexarbeiter\*innen**

### **Nein zum neuen Prostituiertenschutzgesetz - Nein zu Bevormundung und Fremdbestimmung im sexuellen Dienstleistungsgewerbe**

Obwohl Sexarbeit eine längst etablierte Form der Dienstleistungen innerhalb unserer Gesellschaft darstellt und seit 2002 in der BRD als legal gilt, werden Sexarbeiter\*innen im Alltag und im Berufsleben immer noch stark stigmatisiert. Dies drückt sich zum einen in der fehlenden Anerkennung ihres Berufes und zum anderen in häufig miserablen Arbeitsbedingungen aus. Damit sich hieran etwas ändert, müssen die Rechte und der Schutz von Sexarbeiter\*innen gestärkt werden und selbstbestimmte Sexarbeit in allen Bereichen als Beruf anerkannt werden. Hierzu ist es wichtig, auf zentrale gestellte Forderungen von organisierten Sexarbeiter\*innen (z.B. des BesD e.V.) einzugehen. Diese fordern seit Jahren eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen. Darüber hinaus werden anerkannte Interessensvertretungen und eine gute soziale Absicherung in Anlehnung an die Künstlersozialkasse gefordert. Die Umsetzung der letzteren Forderungen würde dazu führen, dass Sexarbeiter\*innen wie andere Beschäftigte gemeinsam und besser für ihre eigenen Rechte eintreten könnten. Sie könnten nach rechtlichen Standards für bessere Bezahlung, bessere Arbeitsplätze und bessere gesundheitliche Vorsorge eintreten.

Im Moment sieht die Situation dramatisch schlechter aus. Auch beim neuen Prostituiertenschutzgesetz, das 2017 in Kraft treten soll, wurden zentrale Forderungen der Sexarbeiter\*innen ignoriert. Sexarbeiter\*innen können aufgrund der fehlenden Akzeptanz ihres Berufsfeldes weiterhin nicht offen über ihre Anliegen sprechen, sollen nun aber zum "Outing", zu gesundheitlichen Untersuchungen und bestimmten Arbeitspraktiken (z.B. Kondompflicht, Verbot von "Gangbang-Clubs") verpflichtet werden. Statt Zwangsouting bei den Behörden fordern Sexarbeiter\*innenverbände daher, dass die gewöhnliche Meldung beim Finanzamt als ausreichend gesehen wird und auch die bestehenden Beratungsangebote bei den Gesundheitsämtern als freiwillige bestehen bleiben. Ansonsten erhöhe sich nur der bürokratische Druck auf eine sowieso schon stark unter Druck stehende Branche. Außerdem wird die Selbstbestimmung und Freiheit der Sexarbeiter\*innen stark eingeschränkt.

Neben diesen rechtlichen Verschlechterungen kommt es auch in der gesellschaftlichen Linken häufig zu Victimisierung und Bevormundung von Sexarbeiter\*innen. So treten einige Teile der Linken immer wieder für ein "absolutes Prostitutionsverbot" oder das angeblich fortschrittliche "Schwedische Modell" ein, weil Sexarbeit/Prostitution Ausdruck des Patriarchats schlechthin sei. Ja, Sexarbeit findet unter gegebenen Bedingungen im Patriarchat statt, sodass die Frage nach der Freiwilligkeit nie leicht zu beantworten ist. Zum überwiegenden Teil üben Frauen\* diesen Beruf aus, während vor allem Männer Dienstleistungen von Sexarbeiter\*innen kaufen. Die feministische Reaktion kann jedoch nicht eine paternalistische Haltung sein, die Sexarbeiter\*innen vorschreiben will, wie ein richtiges Leben auszusehen habe. Sowohl im schwedischen Modell als auch bei einem kompletten Verbot würde die Selbstbestimmung und der Schutz von Sexarbeiter\*innen noch dramatischer gefährdet werden als unter der bestehenden Gesetzeslage. Am Bestehen des Patriarchats mit seinen spezifischen Rollenbildern und gesellschaftlichem Machtungleichgewicht zwischen Frauen\* und Männern würden diese Gesetzesverschärfungen nichts verändern.

Wer ernsthaft für eine emanzipatorische Gesellschaft eintritt, der\*die muss auch für körperliche und sexuelle Selbstbestimmung eintreten. Wer selbstbestimmte Sexarbeiter\*innen illegalisieren will, der\*die kriminalisiert diese und drängt die gesamte Branche in den Untergrund, wo keinerlei Schutz mehr gewährt werden kann. Für besseren Schutz benötigen Sexarbeiter\*innen mehr Selbstbestimmung und die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung ihres Berufes. Nur auf diese Weise und als anerkannte Arbeiter\*innen können sich diese als Teil der Arbeiter\*innenklasse öffentlich organisieren, für ihre Interessen, bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung eintreten. Ein Verbot von Sexarbeit oder die Kriminalisierung von Freier\*innen (wie in Schweden)

würden letztlich nur dazu führen, dass Sexarbeit unsichtbar und unsicherer wird.

Mit dieser Debatte um die Selbstbestimmung und den Schutz von Sexarbeiter\*innen wird gewöhnlich die Debatte um den Kampf gegen Zwangsprostitution vermengt. Dies halten wir für falsch. Selbstverständlich stellen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein großes globales Problem dar. Dies ist uns an dieser Stelle durchaus bewusst. Die Kriminalisierung von jeder Sexarbeit würde allerdings nicht dazu führen, dass Menschenhandel und Zwangsprostitution verringert würden und leichter bekämpft werden könnten. Menschenhandel und Zwangsprostitution sind bereits nach geltendem Recht schwere Straftaten und müssen dementsprechend verfolgt werden. Die angestrebten gesetzlichen Veränderungen würden an der Lage von Zwangsprostituierten nichts verändern, stattdessen würden sie lediglich die Situation von Sexarbeiter\*innen verschlechtern. Mit diesem Beschluss wollen wir deshalb keineswegs Zwangsprostitution und Menschenhandel verharmlosen. Selbstverständlich muss der Kampf gegen Zwangsprostitution ernst genommen werden, Betroffene müssen dabei unterstützt werden, dem Abhängigkeitsverhältnis zu entkommen.

Dabei ist auch am Asylgesetz anzusetzen, sodass migrantischen Zwangsprostituierten nicht länger die Abschiebung droht, sondern sie Aufenthalts- und Arbeitsrecht erhalten. Mit diesem Beschluss wollen wir unseren Fokus allerdings auf diejenigen Sexarbeiter\*innen lenken, die in ihrer körperlichen Selbstbestimmung, in ihrer Gesundheit und in ihren Rechten im Berufsalltag durch bestehende Gesetze in ihrer Tätigkeit als Sexarbeiter\*innen eingeschränkt werden - auf den Teil, der sich bewusst und selbstbestimmt zur Ausübung sexueller und erotischer Dienstleistungen entschlossen hat.

Daher meinen wir, dass ein Feminismus, der es mit der Selbstbestimmung von Frauen\* und Sexualität ernstmeint, auch für die Rechte und Forderungen von Sexarbeiter\*innenverbänden kämpfen muss. Der Landesverband Bremen der linksjugend [solid] bekennt sich zu einem solchen Feminismus und wird für die rechtliche Stärkung von Sexarbeiter\*innen eintreten und sich mit deren Kämpfen solidarisieren.

**Dies beinhaltet die Ablehnung des sog. Prostitutionsschutzgesetzes und die folgenden Forderungen:**

- Entkriminalisierung und Legalisierung von Sexarbeit
- Kostenloser und anonymer Zugang zu Gesundheitsversorgung
- Bessere finanzielle Ausstattung von psychologischen und beruflichen Beratungsstellen
- Besseren Schutz vor Stigmatisierung (z.B. Aussetzung der Impressumspflicht auf Webseiten)
- Vielfalt der Arbeitsplätze und freie Entscheidungswahl erhalten
- Fortbildungsangebot ausbauen
- Soziale Absicherung in Anlehnung an die Künstlersozialkasse

Dieser Text wird außerdem als Antrag beim Bundeskongress eingereicht, damit der Bundesverband ebenfalls eine klare Position in dieser Frage beziehen kann.